

Stefan Ederer

Konsumausgaben erhöhen Wirtschaftswachstum in Österreich

Prognose für 2016 und 2017

Konsumausgaben erhöhen Wirtschaftswachstum in Österreich. Prognose für 2016 und 2017

Der heimische Konsum trägt erstmals seit vier Jahren wieder kräftig zum Wirtschaftswachstum bei. Neben der Steuerreform, die die Einkommen der privaten Haushalte erhöht, sorgen auch die Ausgaben für Flüchtlinge für einen deutlichen Nachfrageschub in den Jahren 2016 und 2017. Das Bruttoinlandsprodukt wächst mit +1,7% in beiden Jahren wesentlich stärker als in den Jahren davor.

Consumption Boosting Economic Growth in Austria. Economic Outlook for 2016 and 2017

For the first time in four years, domestic consumption is becoming a main driver of economic growth. Next to the tax reform, which raises private household incomes, expenditure in support of refugees will give a boost to aggregate demand in 2016 and 2017. Annual GDP growth, projected at 1.7 percent respectively, is set to accelerate markedly from the last few years.

Kontakt:

Dr. Stefan Ederer: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Stefan.Ederer@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturbericht-erstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 15. Dezember 2015.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (Astrid.Czaloun@wifo.ac.at), Maria Riegler (Maria.Riegler@wifo.ac.at)

Auch im Jahr 2015 wuchs die Wirtschaft in Österreich nur wenig, das Bruttoinlandsprodukt dürfte gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,8% gestiegen sein. Das Wachstum lag damit das vierte Jahr in Folge unter 1%. Die Schwäche des weltwirtschaftlichen Umfeldes dämpfte den Außenhandel, und die Investitionen zogen erst im Jahresverlauf an. Der private Konsum nahm aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zu.

Trotz der geringen Grunddynamik der Konjunktur dürfte die Wirtschaft in den kommenden Jahren allerdings deutlich kräftiger wachsen, da die heimische Nachfrage vom verstärkten Konsum profitiert. Dazu trägt auch der Anstieg der Zahl der Asylträge 2015 und 2016 bei, der die Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung von Asylsuchenden sowie für die bedarfsorientierte Mindestsicherung erhöht und somit eine Steigerung des privaten und öffentlichen Konsums nach sich zieht. Die Steuerreform, die Anfang 2016 in Kraft tritt, entlastet die Einkommen der privaten Haushalte und hat ebenfalls einen positiven Effekt auf die Konsumausgaben, der allerdings durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen abgeschwächt wird.

Auch das außenwirtschaftliche Umfeld gewinnt in den kommenden Jahren wieder etwas an Dynamik. In den USA bleibt die Konjunktur robust, und im Euro-Raum erholt sich die Wirtschaft zögerlich. Zudem dürfte die Talsohle der Rohstoffpreisentwicklung weitgehend erreicht sein. Dadurch verbessert sich die Konjunktur auch in den Schwellenländern allmählich wieder. Die österreichische Ausfuhr dürfte daher wieder stärker zunehmen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden 2016 und 2017 wieder etwas dynamischer wachsen und Impulse für die Konjunktur liefern. Die Bauwirtschaft entwickelt sich hingegen weiter schwach. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt 2016 und 2017 gegenüber dem Vorjahr um jeweils 1,7% zunehmen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7
Nominell	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,4
Herstellung von Waren ¹⁾ , real	+ 2,2	- 0,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,8
Handel, real	- 1,6	- 0,2	- 0,5	+ 1,7	+ 3,2	+ 3,5
Private Konsumausgaben, real	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,3	- 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,1
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,7	- 0,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7
Bauten	+ 2,2	- 2,1	- 1,0	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,2	+ 4,1	- 0,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7
Warenexporte (laut Statistik Austria)						
Real	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,0	+ 4,4
Nominell	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 4,5	+ 5,1
Warenimporte (laut Statistik Austria)						
Real	- 0,9	- 0,1	+ 1,0	+ 3,2	+ 3,5	+ 4,2
Nominell	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 1,8	+ 3,9	+ 5,1
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	+ 4,73	+ 6,30	+ 6,49	+ 10,23	+ 11,72
	in % des BIP	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,3
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	2,4	2,0	1,5	0,8	0,9
Verbraucherpreise		+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	6,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,0	7,6	8,4	9,1	9,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,2	- 1,3	- 2,7	- 1,6	- 1,9

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

Die Zahl der Beschäftigten steigt weiter. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen dabei vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Der langjährige Trend einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung wird in diesen Bereichen wahrscheinlich anhalten; das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird daher nicht im selben Ausmaß zunehmen wie die Wirtschaftsleistung. Zudem hält der Beschäftigungsaufbau nicht mit dem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes mit. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich demnach weiter. 2016 dürfte die Arbeitslosenquote auf 9,7% und 2017 auf 10,2% steigen.

Der Rückgang der Rohölpreise dämpft die Inflation 2015 erheblich. Im Lauf des Jahres 2016 sollte dieser Effekt allmählich ausklingen. Zudem werden die Maßnahmen der Steuerreform 2016 preiswirksam. Das WIFO rechnet mit einem wieder höheren Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr von 1,5% 2016 und 1,7% 2017.

Die Bankenhilfen belasten voraussichtlich auch in den kommenden Jahren die öffentlichen Haushalte, wenngleich nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren. Hinzu kommen höhere Ausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration. Die Steuerreform, die Anfang 2016 in Kraft tritt, hat einen deutlichen Rückgang der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer zur Folge. Allerdings entlasten niedrige Zinszahlungen, geringere Ausgaben für Pensionen als veranschlagt und eine günstige Einnahmenentwicklung 2015 das Budget. 2015 dürfte das Maastricht-Defizit deshalb 1,6% des Bruttoinlandsproduktes betragen. 2016 rechnet das WIFO mit einem Anstieg des Defizits auf 1,9%; 2017 dürfte es wieder auf 1,7% zurückgehen.

1. Weltwirtschaft entwickelt sich weiterhin uneinheitlich

Die Weltwirtschaft entwickelt sich weiter uneinheitlich. In den USA bleibt die Konjunktur robust, im III. Quartal 2015 expandierte die Wirtschaft mit +0,5% gegenüber dem Vorquartal neuerlich kräftig. Die Konjunktur wird in erster Linie vom Konsum der privaten Haushalte getragen, der durch die niedrige Arbeitslosenquote und den kontinuierlichen Anstieg der Hauspreise seit 2012 gestützt wird. Allerdings leisteten 2015 auch die Investitionen einen substanziellen Beitrag zum Wachstum. Zuletzt verdichteten

sich jedoch die Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur. Der ISM Purchasing Managers' Index sank im November sogar unter die Expansionsmarke. Auch das Konsumentenvertrauen trübte sich etwas ein. Das WIFO rechnet für 2015 bis 2017 dennoch mit einem Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr von jeweils rund 2½%.

Angesichts der unsicheren Entwicklung hat die Notenbank der USA das Ende der Nullzinspolitik bisher hinausgezögert. Die relativ niedrige Arbeitslosenquote würde eine Kehrtwende der Geldpolitik rechtfertigen, die geringe Inflation steht dieser jedoch entgegen. Allerdings liegt die für die Beurteilung des inländischen Preisauftriebes wichtige Rate der Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) stabil knapp unter 2%. Die Fed stellte daher einen ersten Zinsschritt zu Jahresende in Aussicht¹⁾. Die WIFO-Prognose unterstellt ein vorsichtiges Anheben des Zinsniveaus im Prognosezeitraum.

In China schwächte sich das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren in der Tendenz immer weiter ab. Dies dürfte mit dem Strukturwandel von einer rein auf Export ausgerichteten Wirtschaft zu einem stärker binnengetriebenen Wachstum zusammenhängen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus China lässt seit einiger Zeit nach. Das lebhafte Wirtschaftswachstum hatte hohe Lohnsteigerungen zur Folge, und der Wechselkurs steigt tendenziell. Vor diesem Hintergrund werden immer mehr Produktionsstätten in andere Länder verlagert. Auch die großen öffentlichen Investitionsprojekte und der Wohnbau dürften da und dort bereits an ihre Grenzen stoßen. Mit +1,8% gegenüber dem Vorquartal nahm das Bruttoinlandsprodukt allerdings auch im III. Quartal 2015 kräftig zu. Die im Sommer beobachtete empfindliche Preiskorrektur auf den Aktienmärkten hatte offensichtlich kaum Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Aktienkurse erholten sich in den vergangenen Monaten wieder etwas. Mit einer allmählichen Freigabe des Wechselkurses im Zusammenhang mit einer Etablierung des chinesischen Renminbi als wichtige Weltwährung könnte aber auch die Häufigkeit von spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten zunehmen. Das WIFO erwartet eine weitere kontinuierliche Abschwächung der Expansion der chinesischen Wirtschaft: Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes dürfte von +6,8% 2015 auf +6,2% 2016 und schließlich +5,8% 2017 zurückgehen.

In vielen Schwellenländern leidet die Wirtschaft weiter unter dem starken Rückgang der Rohstoffpreise. Der Rohölpreis fiel zu Jahresende weiter, aber auch die Preise von Nahrungsmitteln und Industrierohstoffen gehen seit einigen Jahren tendenziell zurück. Die Schwächephase der Weltwirtschaft und insbesondere das Nachlassen der Nachfrage aus China dürften für diese Entwicklung maßgebend sein. Dies hat drastische Folgen für die Wirtschaft der rohstoffexportierenden Länder. So befinden sich etwa Brasilien und Russland weiter in einer Rezession. Die Rohstoffpreise dürften in den kommenden Jahren nur langsam wieder steigen; das Wirtschaftswachstum bleibt daher in den Schwellenländern gedämpft.

In den USA bleibt die Konjunktur robust, auch wenn es bereits Anzeichen einer Abschwächung gibt. In China bremsen der Strukturwandel das Wachstum. In den Schwellenländern leidet die Wirtschaft nach wie vor unter dem Verfall der Rohstoffpreise.

2. Weiter zähe Konjunkturerholung im Euro-Raum

Im Euro-Raum gewinnt die Konjunktur nur wenig an Schwung. Im III. Quartal 2015 nahm die Wirtschaftsleistung mit +0,3% gegenüber dem Vorquartal sogar wieder etwas schwächer zu als zuvor. Diese Verlangsamung zog sich durch fast alle großen Länder des Euro-Raumes, nur in Frankreich wuchs die Wirtschaft stärker als im Frühjahr. Die Expansion beruhte in erster Linie auf der Konsumnachfrage, während sich die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte nur mäßig entwickelten.

Die Konjunktur erholt sich im Euro-Raum weiterhin nur zögerlich, auch im Prognosezeitraum zeichnet sich kaum eine Beschleunigung ab.

¹⁾ Die Entscheidung der Notenbank in den USA erfolgt in ihrer Sitzung am 16. Dezember 2015, also nach Redaktionsschluss der WIFO-Konjunkturprognose.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>						
Welt	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,5
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6
Japan	+ 1,7	+ 1,4	± 0,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,2
EU 28	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8
Euro-Raum (19 Länder ¹⁾)	- 0,8	- 0,3	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6
5 EU-Länder ²⁾)	+ 0,4	+ 0,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,2
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,8	+ 6,2	+ 5,8
Welthandel, real	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5
Marktwachstum Österreichs ³⁾)	+ 0,6	+ 1,9	+ 3,6	+ 2,5	+ 4,0	+ 4,4
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreise⁴⁾)</i>						
Ohne Rohöl	- 2,8	- 1,9	- 7,0	- 4,0	- 3,0	+ 8,0
Erdölpreis Brent, \$ je Barrel	- 14,4	- 6,1	- 6,2	- 2,0	- 3,0	+ 10,0
Wechselkurs ⁵⁾) \$ je Euro	111,6	108,7	99,0	55	53	57
	1,286	1,328	1,329	1,10	1,05	1,05

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Slowakei, Finnland. – ²⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ³⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer (laut Oxford Economics), gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁴⁾ HWWI-Index, auf Dollarbasis. – ⁵⁾ Jahresdurchschnitte aufgrund von Monatsdurchschnitten.

Die Unternehmensumfragen lassen auch weiter keine Beschleunigung der Konjunktur im Euro-Raum erwarten. Der Konjunkturtest der Europäischen Kommission zeigte im November sogar eine leichte Eintrübung der Erwartungen. Lediglich das Verbrauchervertrauen stabilisierte sich wieder etwas, sodass der private Konsum auch in den nächsten Monaten die Konjunktur stützen dürfte. Mit der Erholung des weltwirtschaftlichen Umfeldes werden voraussichtlich auch die Exporte wieder etwas kräftiger anziehen, zumal der Wechselkurs aufgrund der zu erwartenden Zinssatzerhöhung in den USA niedrig bleiben dürfte. Das WIFO erwartet 2015 und 2016 für den Euro-Raum ein Wirtschaftswachstum von jeweils +1,5%, das sich 2017 geringfügig auf +1,6% beschleunigen dürfte.

Durch die langsame Erholung der Konjunktur verbessert sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur zögerlich. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Euro-Raum stetig und lag im Oktober 2015 bei 10,7%. Diese Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Die Situation in den einzelnen Ländern der Währungsunion ist allerdings höchst unterschiedlich: Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnen nach wie vor Spanien und Griechenland, die niedrigste Deutschland.

Die Inflationsrate liegt im Euro-Raum weiterhin nahe 0%. Dabei spielt vor allem der Rückgang der Rohölpreise auf den internationalen Märkten eine große Rolle. Die Kerninflation, gemessen am HVPI ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel, erhöhte sich hingegen seit dem Frühjahr 2015 wieder geringfügig, nachdem sie in den drei Jahren davor in der Tendenz kontinuierlich zurückgegangen war. Im Prognosezeitraum ist daher mit einem allmählichen Anziehen der Inflation nach Auslaufen des Rohölpreiseffektes zu rechnen.

Angesichts der niedrigen Inflation versucht die Europäische Zentralbank (EZB), die Konjunktur weiter mit expansiven Maßnahmen zu stützen. Seit März 2015 kauft sie monatlich Staatsanleihen im Ausmaß von 60 Mrd. €. Im Dezember kündigte sie an, das Ankaufprogramm um weitere sechs Monate bis Ende März 2017 zu verlängern. Auch der Zinssatz, den Banken für ihre Einlagen bei der Zentralbank zahlen, wurde neuerlich gesenkt, und liegt jetzt bei -0,3%. Dies soll Banken dazu veranlassen, mehr Kredite zu vergeben. Diese geldpolitischen Maßnahmen dürften aber kaum merkliche expansive Effekte zeigen. Zugleich sind die im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) geplanten Projekte derzeit noch nicht nachfragewirksam.

3. Zusatznachfrage durch Flüchtlingsmigration erhöht Wachstum in Österreich

In den ersten neun Monaten 2015 nahm die Wirtschaftsleistung in Österreich nur mäßig zu. Zwar kamen trotz der Schwäche des weltwirtschaftlichen Umfeldes Impulse vom Außenhandel, und auch die Ausrüstungsinvestitionen zogen merklich an. Die privaten Konsumausgaben wuchsen hingegen kaum. In Summe nahm das Bruttoinlandsprodukt im III. Quartal 2015 zum zweiten Mal in Folge gegenüber dem Vorquartal um 0,3% zu. Die Grunddynamik bleibt auch im IV. Quartal 2015 gering. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,8% steigen.

2016 dürfte sich die Konjunktur merklich beschleunigen. Zwar sank der Indikator für das Konsumentenvertrauen in den letzten Monaten deutlich und befindet sich auf dem Niveau der Krise 2008/09, und auch die Weltwirtschaft entwickelt sich weiter verhalten. Die Unternehmen schätzen jedoch die künftige Geschäftslage besser ein als zuletzt. In den nächsten Monaten ist zudem mit einem deutlichen Impuls aus dem Inland zu rechnen, insbesondere vom privaten und öffentlichen Konsum.

2016 und 2017 geht aufgrund der Nachfrageeffekte infolge der steigenden Zahl von Flüchtlingen ein kräftiger Impuls vom privaten und öffentlichen Konsum aus. Die Konjunkturerholung wird in Österreich dadurch unterstützt.

Annahmen der Prognose zur Flüchtlingsmigration

Die Zahl der Asylanträge nahm 2015 in Österreich erheblich zu. Das WIFO rechnet, den Annahmen des Außenministeriums folgend, mit etwa 95.000 Anträgen (2014: 28.000 Anträge), für 2016 mit 100.000 bis 130.000 Anträgen¹⁾.

Das hat mehrere Effekte: Zum einen ergeben sich daraus Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung von Personen mit laufendem Asylverfahren. Diese sind in der Grundversorgungsvereinbarung festgelegt und umfassen die Kosten von Verpflegung und Unterbringung, Taschengeld, Krankenversorgung, Beratung, Bekleidung, Schulbedarf, Sprachausbildung u. a. Insgesamt betragen die Kosten dieser Leistungen pro Person, die in einer organisierten Unterkunft untergebracht und gepflegt wird, jährlich etwa 11.000 €, die Kosten für unbegleitete Minderjährige, die in betreuten Wohneinrichtungen, Wohngruppen oder Wohnheimen untergebracht sind, etwa 45.000 € pro Person. Multipliziert mit einem durchschnittlichen Jahresbestand an Asylsuchenden (Ganzjahresäquivalente) ergeben sich daraus die Gesamtkosten der Grundversorgung. Die WIFO-Prognose rechnet, ausgehend von den Annahmen des Bundesministeriums für Finanzen, 2015 mit 46.000 und 2016 mit 61.000 Ganzjahresäquivalenten²⁾. 2017 geht diese Zahl annahmegemäß auf 46.000 zurück. Die Ausgaben für die Grundversorgung werden von der öffentlichen Hand geleistet und auf den öffentlichen und privaten Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck wie etwa Hilfsorganisationen oder Kirchenverbände) aufgeteilt.

Anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte haben ab Zuerkennung des Status Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Sobald sie eine Beschäftigung mit einem ausreichenden Einkommen aufnehmen, fällt die Mindestsicherung weg. Unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte über die Herkunfts- und Altersstruktur und der damit verbundenen Annahmen zur Anerkennung als Flüchtlinge oder subsidiär schutzberechtigte Personen sowie der durchschnittlichen Dauer der Asylverfahren rechnet das WIFO mit einem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (einschließlich Personen in Schulungsmaßnahmen) durch die Flüchtlingsmigration gegenüber dem Vorjahr um 40.000 Personen 2016 und 48.000 Personen 2017. Die Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung fließen in den privaten Konsum.

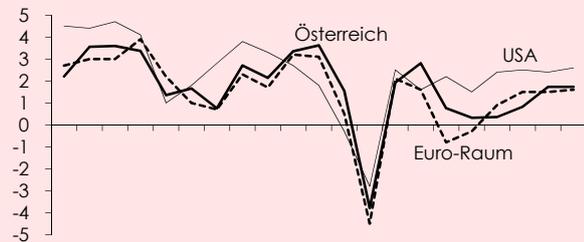
¹⁾ Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 50 Punkte-Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich, Wien, November 2015, http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Integrationsplan_final.pdf. – ²⁾ Bundesministerium für Finanzen, Übersicht über die österreichische Haushaltsplanung 2016, Wien, Oktober 2015, https://www.bmf.gv.at/wirtschaftspolitik/in-oesterreich/DBP_Oktober_2015_14.10.2015_final.pdf?555aev.

Die Zahl der Asylanträge steigt 2015 deutlich und dürfte 2016 weiter zunehmen. Da Asylsuchende während der Verfahrensdauer zunächst in der Grundversorgung betreut werden und nach Zuerkennung des Status als Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung haben, dürften 2016 und 2017 der private und der öffentliche Konsum deutlich ausgeweitet werden (siehe

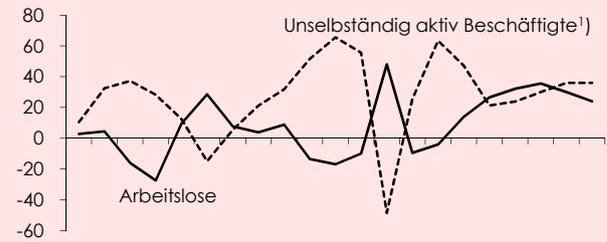
he Kasten). Auch das außenwirtschaftliche Umfeld verbessert sich, und die Ausrüstungsinvestitionen ziehen an. Das WIFO rechnet für 2016 und 2017 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um jeweils 1,7% gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

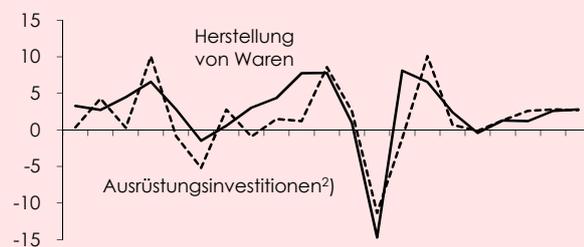
Wirtschaftswachstum
In %



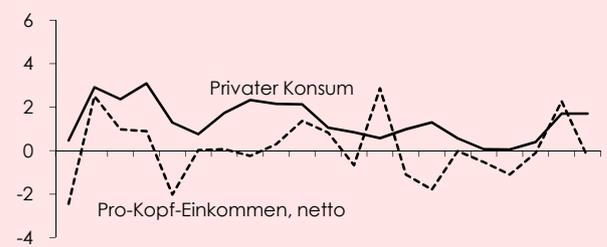
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



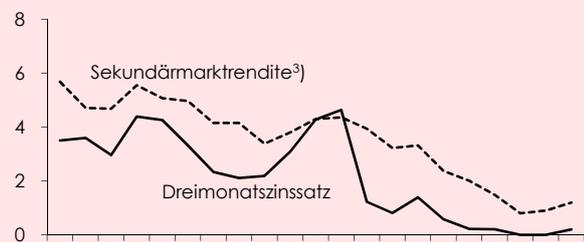
Produktion und Investitionen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



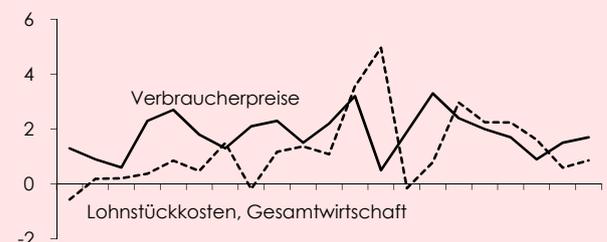
Konsum und Einkommen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



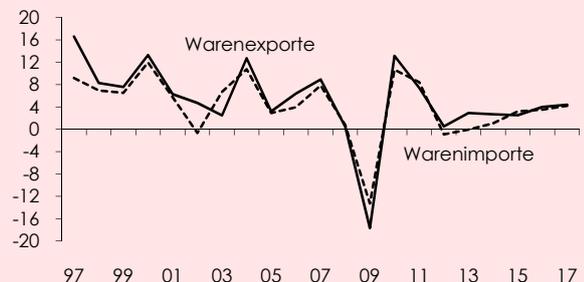
Kurz- und langfristige Zinssätze
In %



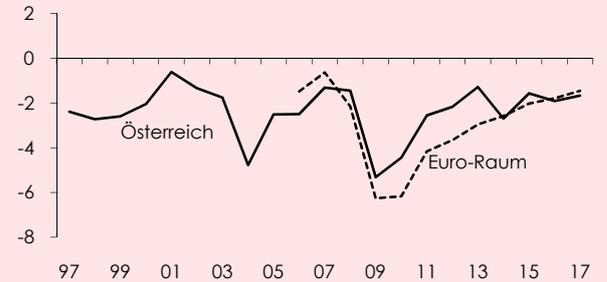
Preise und Lohnstückkosten
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates
In % des BIP



Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Der Konsum der privaten Haushalte nahm in den vergangenen Jahren kaum zu. Ausschlaggebend dürften hier in erster Linie die hohe Arbeitslosigkeit und die schwache Einkommensentwicklung gewesen sein. Der Kaufkraftanstieg aufgrund

der niedrigen Rohölpreise wurde durch die im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Verteuerung von Mieten und Dienstleistungen teilweise kompensiert. Insgesamt dürfte der private Konsum 2015 gegenüber dem Vorjahr um nur 0,4% steigen.

Übersicht 3: Konsum, Einkommen und Preise

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	- 3,0	- 0,5	- 1,0	+ 2,0	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,0	- 2,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,2	7,3	7,8	7,8	8,3	7,9
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	6,6	7,0	7,0	7,4	7,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,3
	In %					
Inflationsrate						
National	2,4	2,0	1,7	0,9	1,5	1,7
Harmonisiert	2,6	2,1	1,5	0,8	1,5	1,7
"Kerninflation" ²⁾	2,3	2,3	1,9	1,7	1,7	1,6

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Übersicht 4: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,5	- 0,2	- 0,2
Netto	- 0,0	- 0,5	- 1,1	- 0,1	+ 2,3	- 0,3
Lohnstückkosten						
Gesamtwirtschaft	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,9
Herstellung von Waren	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,2	+ 0,2	- 0,9	- 0,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 1,7	+ 1,8	+ 1,2	- 2,8	- 0,1	+ 0,1
Real	- 1,7	+ 2,1	+ 1,5	- 2,9	- 0,3	- 0,3

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI.

2016 wird der private Konsum durch die Steuerreform unterstützt, die zu Jahresbeginn in Kraft tritt. Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs bringt deutliche Zuwächse der Nettoverdienste. Bei vollständiger Umsetzung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen dürfte der Effekt der Steuerreform auf den privaten Konsum 2016 etwa +0,4% des Bruttoinlandsproduktes betragen²⁾. Ein ebenso kräftiger Impuls kommt von der Flüchtlingsmigration: Ein großer Teil der Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung Asylsuchender und für die bedarfsorientierte Mindestsiche-

²⁾ Dem stehen dämpfende Effekte auf den öffentlichen Konsum gegenüber (Baumgartner, J., Kaniovski, S., "Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58171>).

rung, auf die anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte ab Zuerkennung des Status Anspruch haben, fließt unmittelbar in den Konsum. Für 2016 und 2017 rechnet das WIFO daher mit einem Anstieg des privaten Konsums um jeweils 1,7% gegenüber dem Vorjahr.

Auch der öffentliche Konsum dürfte aufgrund der Ausgaben für Asylsuchende deutlich stärker ausgeweitet werden als in der September-Prognose unterstellt. Das WIFO erwartet für 2016 und 2017 einen Anstieg von jeweils 0,7% gegenüber dem Vorjahr.

4. Außenhandel und Ausrüstungsinvestitionen liefern weiter Konjunkturimpulse

Die heimischen Exporte entwickeln sich im Zuge der allmählichen Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes gut. Auch die Investitionsnachfrage dürfte wieder Impulse liefern. Die Bauwirtschaft wächst hingegen weiterhin verhalten.

Die Anlageinvestitionen gewannen im Laufe des Jahres 2015 an Kraft. Die Verbesserung der Erwartungen dürfte die Unternehmen veranlassen, allmählich wieder in die Erneuerung der Produktionskapazitäten zu investieren. Auch die Finanzierungsbedingungen waren laut dem WIFO-Konjunkturtest vom November 2015 günstiger. Die Investitionsnachfrage wird sich daher mit dem Anziehen der Konjunktur und der Belebung des außenwirtschaftlichen Umfeldes 2016 und 2017 weiter beschleunigen. Die Bauinvestitionen dürften hingegen 2015 zum dritten Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Die Stimmungsindikatoren des WIFO-Konjunkturtests stiegen jedoch gegen Jahresende; 2016 und 2017 wird daher wieder eine Ausweitung der Bauinvestitionen erwartet. Nach wie vor bestehen Unklarheiten über die konkrete Ausgestaltung der Wohnbauoffensive der österreichischen Bundesregierung. Überwiegend werden ihre Impulse für die Bauwirtschaft im Jahr 2017 anfallen. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,8% und 2017 um 2,1% zunehmen.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	222,17	223,48	226,67	229,92	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,4
Private Haushalte ¹⁾	161,18	161,83	164,58	167,38	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,7
Staat	61,00	61,67	62,10	62,53	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,7
Bruttoinvestitionen	69,90	70,15	71,36	73,10	- 1,6	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,4
Bruttoanlageinvestitionen	68,61	69,20	70,46	71,91	- 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,1
Ausrüstungen ²⁾	23,51	24,12	24,79	25,46	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7
Bauten	31,38	31,06	31,31	31,72	- 1,0	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3
Sonstige Anlagen ³⁾	13,75	14,07	14,43	14,82	- 0,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7
Inländische Verwendung	293,50	295,93	300,37	305,38	- 0,1	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,7
Exporte	166,64	170,61	176,34	182,82	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,7
Reiseverkehr	12,60	12,98	13,19	13,32	- 0,0	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,0
Minus Importe	152,86	156,71	161,47	167,46	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,7
Reiseverkehr	6,29	6,23	6,13	6,13	+ 2,8	- 1,0	- 1,5	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	307,26	309,77	315,13	320,59	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7
Nominell	329,30	338,33	350,39	362,23	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,4

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

Der österreichische Außenhandel war 2015 von der Wachstumsschwäche im Euro-Raum und in den Schwellenländern geprägt. Im III. Quartal 2015 erhöhte sich der Wert der Warenausfuhr allerdings deutlich. Insbesondere die Nachfrage aus den USA und aus Ostmitteleuropa erwies sich als kräftig. Ein Teil dieses Anstieges war jedoch dem Anziehen der Preise von Exporten in den Nicht-Euro-Raum zuzuschreiben. Die Exporteure dürften den niedrigen Euro-Kurs dazu nutzen, um ihre Gewinnmarge zu steigern. Insgesamt rechnet das WIFO 2015 mit einem Anstieg der realen Warenausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 2,5%, die Wareneinfuhr dürfte um 3,2% zunehmen.

In den kommenden Jahren gewinnt das außenwirtschaftliche Umfeld Österreichs wieder an Dynamik. Die Ausfuhr dürfte daher kräftiger ausgeweitet werden. Für 2016 wird ein Anstieg der Warenexporte um real 4% gegenüber dem Vorjahr erwartet,

2017 dürfte er 4,4% betragen. Die Importe nehmen mit dem Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen und der kräftigen Steigerung der Konsumnachfrage ebenfalls zu. Real rechnet das WIFO mit einem Anstieg der Warenimporte 2016 um 3,5%, 2017 um 4,2%.

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
	Mrd. € (Referenzjahr 2010)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,02	3,70	3,70	3,70	+ 4,1	- 8,0	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	55,15	55,81	57,26	58,87	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,8
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	8,62	8,83	8,96	9,14	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,0
Bau	16,20	16,12	16,31	16,52	- 2,0	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	34,40	34,99	36,11	37,37	- 0,5	+ 1,7	+ 3,2	+ 3,5
Verkehr	14,87	14,80	14,94	15,09	- 1,1	- 0,5	+ 1,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	13,23	13,39	13,59	13,74	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1
Information und Kommunikation	8,72	8,55	8,64	8,77	- 2,7	- 2,0	+ 1,0	+ 1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11,55	11,68	11,80	11,91	- 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	26,44	27,02	27,56	28,11	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	26,12	25,94	26,20	26,51	+ 1,2	- 0,7	+ 1,0	+ 1,2
Öffentliche Verwaltung ²⁾	47,46	48,03	48,61	48,85	- 0,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,66	7,73	7,82	7,94	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	274,40	276,50	281,35	286,29	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,8
Bruttoinlandsprodukt	307,26	309,77	315,13	320,59	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 7: Produktivität

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,3	- 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,1	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,8
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1
<i>Herstellung von Waren</i>						
Produktion ⁴⁾	+ 2,4	- 0,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,6	+ 2,8
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2	± 0,0
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,5	- 0,3	+ 0,2	- 0,3	± 0,0	± 0,0

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktion, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Der Reiseverkehr verlief 2015 für die österreichischen Unternehmen äußerst günstig. Die Tourismusexporte stiegen in den ersten drei Quartalen beträchtlich. In jüngster Zeit ist allerdings eine deutliche Abschwächung zu verzeichnen: Die Beschränkungen im Reiseverkehr zwischen Deutschland und Österreich im Zuge der Zunahme der Flüchtlingsmigration sowie der Terroranschlag in Paris dürften hier eine Rolle spielen. Im Prognosezeitraum rechnet das WIFO mit einer Fortsetzung der dynamischen Entwicklung im Reiseverkehr, die aber nicht mehr das hohe Wachstum des Jahres 2015 erreicht. Österreich sollte dabei von einer verstärkten Nachfrage aus dem In-

land sowie aus dem näheren Ausland profitieren, wenn Fernreisen aufgrund von Sicherheitsbedenken eher gemieden werden.

Das Anziehen der Investitionsdynamik und der Konjunktur auf den österreichischen Exportmärkten kommt der Sachgütererzeugung zugute. Nach einer eher verhaltenen Zunahme wird die reale Wertschöpfung 2016 und 2017 wieder wesentlich stärker ausgeweitet werden. Noch kräftiger wächst jedoch die Wertschöpfung im Handel: Aufgrund des merklichen Anstieges der Konsumausgaben dürfte sie 2016 und 2017 um jeweils mehr als 3% höher sein als im Vorjahr.

5. Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung nimmt zwar zu, kann aber den Anstieg des Arbeitskräfteangebotes nicht vollständig aufnehmen. Die Arbeitslosenquote steigt daher weiter deutlich.

Trotz schwacher Konjunktur wächst die Beschäftigung in Österreich weiter. Im November 2015 war die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um rund 50.000 (+1,4%) höher als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt rechnet das WIFO 2015 mit einem Anstieg um 30.000 (+0,9%). Die konjunkturbedingte Beschleunigung 2016 und 2017 führt auch zu einer etwas kräftigeren Zunahme der Beschäftigung um je 36.000 (+1,0%).

Den stärksten Beschäftigungszuwachs verzeichnen 2015 die Bereiche Gesundheits- und Sozialwesen. Im Dienstleistungsbereich nimmt die Teilzeitbeschäftigung allerdings tendenziell zu. Auch im Prognosezeitraum dürfte der Beschäftigungsaufbau überwiegend auf diese Bereiche entfallen. Das seit Jahren rückläufige gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen pro Kopf sinkt daher weiter.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 50,1	+ 29,3	+ 31,8	+ 35,0	+ 41,0	+ 41,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 47,2	+ 21,2	+ 23,8	+ 30,0	+ 36,0	+ 36,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländische Arbeitskräfte	+ 9,0	- 8,5	- 8,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 26,0	+ 33,0	+ 33,0
Selbständige ³⁾	+ 2,9	+ 8,1	+ 8,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 18,0	+ 23,5	+ 33,1	+ 44,4	+ 37,8	+ 34,2
15- bis 59-Jährige	+ 22,3	+ 27,2	+ 33,7	+ 36,4	+ 22,5	+ 15,2
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 64,0	+ 55,9	+ 64,0	+ 70,6	+ 71,0	+ 65,0
<i>Überhang an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose (laut AMS)						
Stand	in 1.000	260,6	287,2	319,4	355,0	409,0
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	66,6	73,5	75,3	65,3	76,3
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾		4,9	5,4	5,6	5,7	6,1
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)		6,2	6,8	7,4	8,1	8,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)		7,0	7,6	8,4	9,1	10,2
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁴⁾		67,2	67,5	67,6	67,7	68,0
Erwerbstätige ⁵⁾⁴⁾		71,4	71,4	71,1	71,2	71,4

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiner. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Labour Force Survey. – 6) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Der Beschäftigungsanstieg reicht nicht aus, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, da gleichzeitig das Arbeitskräfteangebot zunimmt. Dazu tragen der Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, u. a. bedingt durch die Flüchtlingsmigrati-

on, der Anstieg des effektiven Pensionsantrittsalters sowie die Zunahme der Beschäftigungsquote von Frauen bei³⁾.

Die Arbeitslosenquote laut Definition des AMS erhöht sich von 8,4% 2014 auf 9,1% 2015. Dieser Trend wird 2016 und 2017 anhalten (2016: 9,7%, 2017: 10,2%).

6. Dämpfende Effekte der Rohölverbilligung laufen 2016 aus

Die weltweite Nachfrageschwäche und das kräftige Angebot lösten einen Rückgang der Rohstoffpreise aus, der den Anstieg der Verbraucherpreise dämpft. Die internationale Rohölverbilligung drückte die Preise von Mineralölprodukten in Österreich 2015 deutlich. Ohne diesen Effekt wäre die Inflationsrate 2015 etwa um ¾ Prozentpunkte höher gewesen. Preissteigernd wirken 2015 hingegen Bewirtungsdienstleistungen, Wohnungsmieten und Versicherungsdienstleistungen. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,9%. Damit war die Inflationsrate deutlich höher als in Deutschland und im Euro-Raum insgesamt.

Die Prognose geht davon aus, dass der Rohölpreis Ende 2015 seinen Tiefpunkt erreicht hat und im Laufe der Jahre 2016 und 2017 allmählich wieder steigt. Der dämpfende Effekt auf die Inflation hält noch bis Mitte 2016 an, flaut aber im Jahresverlauf ab. Die Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Steuerreform werden hingegen 2016 preiswirksam. Die Erhöhung indirekter Steuern und die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden voraussichtlich die Verbraucherpreise anheben⁴⁾. Das WIFO rechnet mit einer Inflationsrate von 1,5% 2016 und 1,7% 2017.

Die Verteuerung von Mieten und Dienstleistungen wird im Verbraucherpreisindex vom Verfall der Rohstoffpreise überlagert. 2016 und 2017 dürfte die Inflation allerdings wieder etwas anziehen.

7. Erhebliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte

Die Kosten der Bankenhilfen und der HETA-Abwicklung erhöhten die Staatsausgaben in den vergangenen Jahren deutlich. 2014 stieg dadurch das Maastricht-Defizit um 5,1 Mrd. € oder 1,5% des Bruttoinlandsproduktes. Insgesamt wuchs der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte durch die Unterstützung des Finanzsektors seit der Krise 2008/09 um fast 29 Mrd. € (8,7% des Bruttoinlandsproduktes)⁵⁾. 2015 und 2016 hält diese Belastung an, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß als in den Jahren davor. 2015 werden die Ausgaben für Banken 2,1 Mrd. € betragen. Für 2016 unterstellt die Prognose Ausgaben von 700 Mio. € und für 2017 600 Mio. €.

Die Steuerreform, die Anfang 2016 in Kraft tritt, bewirkt im ersten Jahr ihrer Umsetzung eine Senkung des jährlichen Lohn- und Einkommensteueraufkommens um rund 4 Mrd. € (1,1% des Bruttoinlandsproduktes), ab 2017 um 5,4 Mrd. € pro Jahr (1,5% des Bruttoinlandsproduktes). Zur Gegenfinanzierung ist ein Katalog von Maßnahmen vorgesehen, der Zusatzeinnahmen aus Abgabenerhöhungen und der Bekämpfung von Steuer- und Sozialabgabenbetrug umfasst. Ferner sollen Bund und Länder Ausgaben für Förderungen und Verwaltung in der Höhe von 1,1 Mrd. € einsparen. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Maßnahmen des Bundes im Bundesvoranschlag 2016 berücksichtigt wurden und zeitgerecht umgesetzt werden.

Weitere Belastungen für die öffentlichen Haushalte entstehen durch die Zuwanderung von Asylsuchenden. Die Ausgaben für die Betreuung und Grundversorgung der Asylsuchenden erhöhen den öffentlichen Konsum und sonstige Transfers des Staates. Die Zusatzausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung schlagen sich hingegen in einem Anstieg der monetären Sozialleistungen nieder. Darüber hinaus ent-

Trotz der Bankenhilfen entwickeln sich die öffentlichen Haushalte 2015 günstig. In den kommenden Jahren steigen allerdings die Ausgaben wegen der Flüchtlingsmigration. Das Maastricht-Defizit wird dennoch unter 2% des Bruttoinlandsproduktes bleiben.

³⁾ Die vorliegende Prognose unterstellt die im November 2015 veröffentlichte Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria, die bereits die Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt.

⁴⁾ Die Effekte der Steuerreform auf die Inflation betragen laut WIFO-Berechnungen +0,3 Prozentpunkte 2016 und +0,2 Prozentpunkte 2017 (Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019", WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58171>).

⁵⁾ Siehe Schratzenstaller, M., "Große Herausforderungen für die Budgetpolitik durch Steuerreform, Zukunftsinvestitionsbedarf und Konsolidierungsvorgaben. Bundesfinanzrahmen 2016 bis 2019 und Bundesvoranschlag 2016", WIFO-Monatsberichte 2015, 88(11), S. 827-844, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58521>).

stehen Ausgaben für Integrationsmaßnahmen sowie Recht und Sicherheit. Die geschätzten Gesamtausgaben betragen 2015 1,2 Mrd. €, 2016 2,2 Mrd. € und 2017 2,1 Mrd. € (siehe Kasten)⁶⁾.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition	- 2,2	- 1,3	- 2,7	- 1,6	- 1,9	- 1,7
Primärsaldo des Staates laut VGR	0,6	1,3	- 0,2	0,8	0,3	0,5
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	0,6	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2
Sekundärmarktrendite ¹⁾	2,4	2,0	1,5	0,8	0,9	1,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	- 1,5	+ 1,7	+ 1,2	- 2,9	- 0,2	+ 0,1
Real	- 1,6	+ 2,0	+ 1,5	- 2,9	- 0,4	- 0,3

Q: WIFO. 2015 bis 2017: Prognose. – ¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Den Belastungen stehen jedoch auch Faktoren gegenüber, die das Budget entlasten. So steigen 2015 vor allem die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Kapitalertragsteuer deutlich, und die Ausgaben für Pensionen entwickeln sich schwächer als erwartet. Die weiterhin niedrigen Zinssätze dämpfen außerdem die Zinsausgaben für die Staatsschuld. 2016 und 2017 lässt die merkliche Zunahme der Konsumausgaben die Steuereinnahmen steigen. 2015 wird das Maastricht-Defizit voraussichtlich 1,6% des Bruttoinlandsproduktes betragen. 2016 rechnet das WIFO mit einem Anstieg des Defizits auf 1,9%; 2017 dürfte es wieder auf 1,7% zurückgehen. Ohne Bankenhilfen würde das Maastricht-Defizit 1% (2015), 1,7% (2016) und 1,6% (2017) des Bruttoinlandsproduktes betragen.

8. Risiken für die Prognose

Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration bilden das größte Risiko für die vorliegende Prognose. Die unterstellte Zahl an Asylanträgen orientiert sich an den Schätzungen der Bundesregierung (siehe Kasten). Diese hängt von zahlreichen Faktoren ab (Politikmaßnahmen, Wetter usw.), die nicht prognostiziert werden können. Auch die Herkunfts- und Altersstruktur sowie die Annahmen zur Zuerkennung des Status als Flüchtling oder subsidiär Schutzberechtigte und zur durchschnittlichen Verfahrensdauer basieren auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre.

Abweichungen von den Prognoseannahmen sind in beide Richtungen möglich. Dies hätte Auswirkungen auf den privaten und den öffentlichen Konsum und in der Folge auf das Bruttoinlandsprodukt. Auch der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte und die Lage auf dem Arbeitsmarkt werden vom tatsächlichen Ausmaß der Flüchtlingsmigration beeinflusst.

Risiken ergeben sich im Bereich der öffentlichen Haushalte weiterhin aus der Unterstützung des Finanzsektors. Darüber hinaus ist noch unklar, wieweit die budgetierten Mehreinnahmen aus den Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug von etwa 1,9 Mrd. € tatsächlich in voller Höhe bereits 2016 realisiert werden.

⁶⁾ Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund des höheren Wirtschaftswachstums. Diese Schätzungen betreffen die jeweiligen Gesamtausgaben, nicht die Zusatzausgaben gegenüber den in den Vorjahren angefallenen Beträgen (ohne Mindestsicherung 2014 rund 250 Mio. € bzw. 0,08% des Bruttoinlandsproduktes).

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der unsicheren Entwicklung der Weltwirtschaft. Zum einen mehren sich die Zeichen einer Abschwächung in den USA. Zum anderen ist unklar, wie reibungslos der Strukturwandel der chinesischen Wirtschaft zu einer stärker konsumgetriebenen Nachfragestruktur und damit einem schwächeren Trendwachstum abläuft. Auch in der Zukunft ist hier immer wieder mit vorübergehenden real- und finanzwirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten zu rechnen.

Ebenso unsicher ist der weitere Kurs der Geldpolitik in den USA. In der Vergangenheit löste die Ankündigung einer Anhebung des Leitzinssatzes hohe Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern und damit verbundene Turbulenzen auf den Finanzmärkten aus. Zwar blieben diese bisher aus, eine nachträgliche Reaktion der Marktteilnehmer kann allerdings auch diesmal nicht ganz ausgeschlossen werden.